142 - Rh-Zg - 27.10.1999

Aufnahmestopp in betreuender Grundschule

Die Nackenheimer Einrichtung ist derzeit voll belegt – Christina Göth: Noch viel politische Überzeugungsarbeit nötig

NACKENHEIM. Volle Halbtagsschule und betreuende Grundschule – das klingt vielversprechend für berufstätige Eltern. In Nackenheim wird das Angebot kräftig angenommen: Derzeit besteht ein Aufnahmestopp, da die Kapazitäten ausgeschöpft sind. Das wurde bei einem Elternabend in der Nackenheimer Grundschule deutlich.

Gerade in Nackenheim ist das Engagement aller Beteiligten groß. Christina Göth, Gleichstellungsbeauftragte der Verbandsgemeinde und Mitinitiatorin des „Arbeitskreises Betreuende Grundschule", lobte die „enorme Leistung" aller Helfer. Drei Frauen gewährleisten derzeit eine Betreuung von 7.15 Uhr bis 8 Uhr sowie von 12 bis 14 Uhr – einschließlich Mittagessen. Kosten für die Eltern: 25 Mark pro Monat plus sechs Mark pro Mahlzeit.

Laufende Erweiterung

Neben den Eltern trägt die Verbandsgemeinde mit Zuschüssen vom Land das Projekt. Finanziert werden müssen die Frauen, die auf 630-Mark-Basis arbeiten, Sachkosten und neuerdings Fortbildung. Das Angebot besteht seit 1991 und wurde wegen der hohen Nachfrage laufend erweitert. Erst seit Februar dieses Jahres haben die Kinder die Möglichkeit, in der Schule Mittag zu essen. Die Betreuung wurde dazu auf 14 Uhr ausgeweitet. Ein Telefon gibt es erst seit einem Jahr, eine Garderobe erst seit dieser Woche. Trinkbecher müssen die Kinder selber mitbringen, Bastel- und Spielmaterial spenden die Eltern.

Die zunehmende Gruppengröße macht den Betreuerinnen zu schaffen: „Es ist ein Unterschied, ob ich acht oder 20 Kinder betreuen muss", sagt eine. Zur Zeit sind die Kapazitäten ausgeschöpft, vor allem bezüglich der Räumlichkeiten. „Jedes Kind hat laut Gesetz ein Anrecht auf eine bestimmte Quadratmeterzahl", erklärt Schulleiterin Ruth Walzik.

Engpässe

Die Platznot in der betreuenden Grundschule führt auch zu Problemen beim Konzept der vollen Halbtagsschule: „Lücken, die dort durch Unterrichtsausfall entstehen, können bis auf wenige Ausnahmen nicht durch die betreuende Grundschule aufgefangen werden", machte Göth deutlich. Walzik berichtete von engagierten Lehrern, die in solchen Fällen Kinder aus anderen Klassen aufnehmen würden. Sie machte aber auch klar: „Wenn das zunimmt, lässt sich das nicht mehr mit ‚good will' allein regeln."

Da laut Christina Göth kein klarer gesetzlicher Auftrag für die betreuende Grundschule besteht, müsse noch viel politische Überzeugungsarbeit geleistet werden. Doch Göth ist zuversichtlich. Sie teilte mit, dass mittlerweile alle Fraktionen des Verbandsgemeinderates mit einer Person im Arbeitskreis vertreten sind. „Wir steigen langsam in politische Gefilde auf." (lb)